

## **Vision: Gemeinsame Diskussionsveranstaltungen – Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten der faschistischen Gefahr**

Wir als Studis gegen Rechts und ein Unterstützer:innenkreis an Professor:innen laden dazu ein, bundesweit Diskussionsveranstaltungen an Universitäten und Hochschulen zu organisieren, die sich mit der aktuellen Gefahr des Faschismus und der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft auseinandersetzen. Es ermutigt uns, dass dieser Ansatz bereits auf Interesse stößt und erste Wissenschaftler\*innen ihre Mitwirkung signalisiert haben. Diesen Austausch möchten wir gemeinsam weiter ausbauen.

Der Aufruf richtet sich ausdrücklich nicht nur an Studierende, **sondern auch an Professor:innen, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, Beschäftigte an Hochschulen sowie Wissenschaftler:innen** außerhalb der Uni.

Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft vor grundlegenden Weichenstellungen steht. Die Bedrohung durch faschistische Entwicklungen nimmt zu. Hochschulen und Intellektuelle tragen daher eine besondere Verantwortung, eine fundierte und breit angelegte Debatte darüber anzustoßen.

„Lehre und Studium sollen den Studenten [...] zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähig[en]“  
(*Hochschulrahmengesetz (HRG), § 7 – Ziel des Studiums*)

Nach 1945 wurde die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft bewusst im Selbstverständnis der Sozialwissenschaften verankert. Heute gilt es, diesen Anspruch erneut praktisch werden zu lassen.


Wir schlagen vor, unter dem Motto „**Wissenschaft gegen Faschismus**“ bundesweit Aktivitäten zu bündeln und Hochschulen gezielt zu Orten der kritischen Auseinandersetzung zu machen. Dafür schlagen wir die Woche vom **1. bis 7. Juni** vor.


Konkret könnte dies bedeuten:

Seminare greifen das Thema auf und öffnen Raum für Diskussionen; zusätzlich finden öffentliche Abendveranstaltungen statt. In einzelnen Fällen können Institute ihre reguläre Lehre pausieren, um gezielt Zeit für vertiefte Debatten zu schaffen.

Ziel ist ein gemeinsamer Impuls auf Bundesebene, der unterschiedliche Formate und lokale Schwerpunkte ausdrücklich zulässt.

**Zur weiteren Vernetzung und konkreten Planung laden wir euch herzlich zu einem gemeinsamen Zoom-Treffen ein:**

 20. April

 18:00 Uhr

 <https://hs-osnabrueck.zoom.us/j/93107510571>

Wir laden euch ein, euch zu beteiligen und gemeinsam die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft wahrzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen,  
Studis gegen Rechts & Prof. Dr. Margarita Tsomou

### **(bisheriger) Unterstützer:innenkreis:**

Prof. Dr. Robin Celikates (Freie Universität Berlin)  
Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela (Alice-Salomon-Hochschule Berlin)  
Prof. Dr. Rahel Jaeggi (Humboldt-Universität Berlin)  
Prof. Dr. Tahani Nadim (Ruhr-Universität Bochum)  
Dr. Eva von Redecker (HfBK Hamburg)  
Prof. Dr. Margarita Tsomou (Hochschule Osnabrück)  
Prof. Dr. Kai Koddenbrock (Universität Bielefeld)  
Prof. Dr. Isabel Feichtner (Julius-Maximilians-Universität Würzburg)  
Prof. Dr. Tilmann Reitz (Friedrich-Schiller-Universität Jena)  
Prof. Dr. Frieder Vogelmann (Universität Freiburg)  
Prof. Dr. Alex Demirović  
Prof. Dr. Angela Harutyunyan (UdK Berlin)  
Prof. Dr. Hanna Meißner (Technische Universität Berlin)  
Prof. Dr. Ana Teixeira (HGB Leipzig)  
Prof. Dr. Rainer Mühlhoff (Universität Osnabrück)  
Prof. Dr. Milena Bister (Humboldt-Universität Berlin)  
Prof. Dr. Friedemann Vogel (Universität Siegen)  
Prof. Dr. Serhat Karakayali (Leuphana Universität Lüneburg)  
Prof. Dr. Florian Butollo (Goethe-Universität Frankfurt)  
Prof. Dr. Stefan Schmalz (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

### **Hintergrund**

Die AfD stellt eine reale Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar. Insbesondere der sogenannte Höcke-Flügel arbeitet gezielt am Aufbau einer faschistischen Massenbewegung. Dabei zielt die Strategie weniger auf eine kurzfristige Regierungsbeteiligung als auf eine mögliche Machtübernahme im Kontext einer zukünftig erwarteten existenziellen gesellschaftlichen Krise.

Angesichts weltweiter Kriege, der Krise des deutschen Exportmodells und der Klimakrise – einer sich zuspitzenden Vielfachkrise – halten wir es für wahrscheinlich, dass Deutschland in den kommenden fünf bis zehn Jahren tiefgreifende gesellschaftliche Erschütterungen erleben wird. Die daraus entstehenden Ohnmachtsgefühle und Abstiegsängste können einen Nährboden für autoritäre und faschistische Dynamiken bilden und ein Zeitfenster für Machtgewinne eröffnen.

In Umfragen zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt liegt die AfD aktuell bei rund 40 %. Was lange abstrakt erschien, gewinnt zunehmend an Konkretion: Die Partei ist in der Lage, ernsthaft nach politischer Macht zu greifen. Ein Szenario, in dem sie mit absoluter Mehrheit erstmals eine Landesregierung stellt, ist nicht ausgeschlossen. Eine solche Entwicklung wäre nicht mit einer faschistischen Machtergreifung gleichzusetzen, würde jedoch entsprechende Strukturen stärken und gesellschaftliche wie institutionelle Gegenbewegungen erheblich erschweren. Die Notwendigkeit zu handeln ist entsprechend dringlich.

Bereits unabhängig von einer Regierungsbeteiligung der AfD sind zudem zunehmende Versuche und Dynamiken erkennbar, die Freiheit von Forschung und Lehre einzuschränken. Auch deshalb ist es wichtig, frühzeitig ein deutliches und gemeinsames Zeichen zu setzen.

Mit der Wissenschaftskonferenz sowie den Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Erfurt Anfang Juli ergeben sich im Jahr 2026 weitere zentrale Anknüpfungspunkte für antifaschistische Mobilisierung.

## **Bestehende Strukturen und bisherige Mobilisierung**

In den vergangenen zwei Jahren haben sich Studierende bundesweit im Rahmen der *Studis gegen Rechts Bewegung* zusammengeschlossen, um der Gefahr des Faschismus organisiert entgegenzutreten. Es fanden Vollversammlungen mit insgesamt über 15.000 Teilnehmenden statt, und aus mehr als 30 Hochschulen wurde zu Protesten gegen die AfD mobilisiert.

Bereits in zahlreichen Hochschulstädten bestehen seither Aktivenstrukturen, an die eine Kampagne zur antifaschistischen Verantwortung von Wissenschaft und Lehre anknüpfen kann. Dazu zählen unter anderem: Aachen, Berlin, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Erlangen/Nürnberg, Freiburg, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Kiel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Paderborn, Frankfurt am Main, Passau, Saarbrücken, Weimar und Wuppertal.